

Pressemitteilung Nr. 70/2021
vom 30. November 2021

Termine im Dezember 2021

01. Strafkammer 32 (Beginn: Mittwoch, den 21.08.2019, 09:30 Uhr), Saal 231:

PM 64/19

Anklagevorwurf: Schwere Steuerhinterziehung

Die Staatsanwaltschaft wirft den 56, 52 und 49 Jahre alten Angeklagten vor, in den Jahren 2008 bis 2011 an einem Umsatzsteuerhinterziehungssystem im europaweiten Handel mit Metallschrott und Kupferkathoden teilgenommen zu haben. Der Handel soll dabei so ausgestaltet gewesen sein, dass Warenlieferungen aus dem europäischen Ausland an eine in Bremen ansässige Gesellschaft der zwei älteren Angeklagten bzw. an deren Abnehmer erfolgten. Die Abrechnungen sollen sodann - unter gesondertem Ausweis der Umsatzsteuer im Wege des Gutschriftenverfahrens - jedoch nicht durch den tatsächlichen Lieferanten, sondern durch zum Schein in der Bundesrepublik ansässige, tatsächlich aber keinen realen Geschäftsbetrieb unterhaltende Firmen (sog. Schreiber) vorgenommen worden sein. Die Schreiber sollen die aus den Gutschriften geschuldete Umsatzsteuer in der Folge allerdings nicht an das Finanzamt abgeführt, sondern an sog. Hintermänner, zu denen auch der 49 Jahre alte Angeklagte gehören soll, weitergeleitet haben. Die nicht abgeführten Umsatzsteuerbeträge sollen zum einen zur Auszahlung eines „Gewinnanteils“ an die jeweiligen Hintermänner und zum anderen dazu genutzt worden sein, den Metallschrott und die Kupferkathoden künstlich unter den üblichen Marktpreis (Börsenhandelspreis) zu verbilligen, wodurch der Anreiz für die beiden älteren Angeklagten geschaffen worden sein soll, sich an dem Hinterziehungssystem zu beteiligen.

Die beiden älteren Angeklagten als Geschäftsführer der Bremer Firma sollen dann entsprechend ihrer vorgefassten Absicht die in den Gutschriften ausgewiesene Umsatzsteuer bei den Finanzbehörden als Vorsteuer geltend gemacht und somit eine Gesamtumsatzsteuerverkürzung in Höhe von 18.945.989,99 € bewirkt haben.

Die Hauptverhandlung wird fortgesetzt am

Dienstag, den 07. Dezember 2021,
Dienstag, den 14. Dezember 2021,
Mittwoch, den 22. Dezember 2021,

jeweils um 9:30 Uhr, Saal 218.

2. Strafkammer 21 - Beginn: Dienstag, den 27. April 2021, 13:30 Uhr, Saal 218:

PM 41/21

Tatvorwurf: Mord

Die Staatsanwaltschaft wirft dem heute 24-jährigen Angeklagten vor, am 27.10.2020 in der gemeinsamen Wohnung in Bremen-Nord seine Ehefrau heimtückisch und aus niedrigen Beweggründen getötet zu haben. Der Angeklagte soll aus Eifersucht mit der Geschädigten in eine Auseinandersetzung geraten sein, da diese ihm die endgültige Trennung und eine neue Beziehung mitgeteilt haben soll. Nachdem der Angeklagte zunächst erklärt haben soll, dass er sich dann umbringen werde und die Geschädigte ihm sodann ein Messer mit einer Klingenlänge von ca. 15 cm gereicht und ihn aufgefordert haben soll, dass er dies doch tun solle, soll sie sich von ihm abgewandt haben. Der Angeklagte soll sodann mit dem Messer unvermittelt 14 Mal in den Rücken-, Nacken- und Halsbereich der Geschädigten gestochen haben. Dabei soll mindestens ein Stich den Lungenoberlappen und anschließend die Körperhauptschlagader durchdrungen haben, wodurch die Geschädigte binnen Minuten innerlich verblutet und verstorben sein soll, was der Angeklagte zumindest auch billigend in Kauf genommen haben soll.

Die Hauptverhandlung wird fortgesetzt am

Freitag, den 17. Dezember 2021, 11:30 Uhr,

Freitag, den 07. Januar 2022,

Dienstag, den 11. Januar 2022,

Mittwoch, den 12. Januar 2022,

Donnerstag, den 27. Januar 2022, 13:00 Uhr,

Freitag, den 28. Januar 2022, 13:00 Uhr,

jeweils um 09:30 Uhr (soweit nicht anders angegeben), Saal 218.

3. 6 KLS 310 Js 66332/20 - Beginn: Mittwoch, den 21. Juli 2021, 09:30 Uhr, Saal 218:

PM 52/21

Tatvorwurf: Unerlaubtes Handeltreiben mit Betäubungsmitteln, unerlaubtes Handeltreiben mit Schusswaffen, Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz u.a.

Die Staatsanwaltschaft wirft den beiden 37 und 30 Jahre alten Angeklagten vor, zwischen März und Mai 2020 in 12 Fällen gemeinschaftlich mit Marihuana und Kokain Handel getrieben zu haben. Die so erlangten Betäubungsmittel und Geldbeträge sollen einen Wert von 236.600 € erreicht haben. Der 37-jährige Angeklagte soll zudem in vier weiteren Fällen Marihuana und Kokain veräußert haben. Außerdem soll er in zwei Fällen einen Revolver und eine halbautomatische Kurzwaffe erworben bzw. zum Kauf angeboten und eine Maschinenpistole des Typ UZI verwahrt haben. Der 30-jährige Angeklagte soll in neun weiteren Fällen mit Betäubungsmitteln gehandelt und zudem eine Pistole und Schreckschusswaffe samt Munition besessen haben.

Die Kommunikation und Abwicklung der Geschäfte sollen die Angeklagten über sogenannte Enchrochat-Geräte geführt haben. Hierbei handelt es sich um Krypto-Handys, die eine vollständig verschlüsselte Kommunikation mit anderen Enchrochat-Teilnehmern erlaubten und deshalb über lange Zeit nicht abgehört werden konnten. Die Geräte waren nicht im freien Handel, sondern nur anonym gegen Barzahlung und in Verbindung mit einem Abonnement erhältlich. Die Enchrochat-Daten konnten schließlich in Frankreich in einem dort geführten Ermittlungsverfahren durch die französischen Ermittlungsbehörden erhoben und ausgewertet werden. Ihre Weitergabe an die deutschen Behörden erfolgte im Wege der europäischen Rechtshilfe.

Die Hauptverhandlung wird fortgesetzt am

**Montag, den 06. Dezember 2021,
Mittwoch, den 08. Dezember 2021,
Montag, den 13. Dezember 2021,
Freitag, den 17. Dezember 2021,**

jeweils um 09:30 Uhr (soweit nicht anders angegeben), Saal 218.

4. 5 KLS 331 Js 58719/20 - Beginn: Mittwoch, den 21. Juli 2021, 10:00 Uhr, Saal 218:

PM 54/21

Tatvorwurf: Unerlaubtes Handeltreiben mit Betäubungsmitteln u.a.

Die Staatsanwaltschaft wirft den beiden 26 und 32 Jahre alten Angeklagten vor, in Bremen zwischen März und Juni 2020 in 26 Fällen gemeinschaftlich mit Kokain und teilweise auch Marihuana Handel getrieben zu haben. Der 26-jährige Angeklagte soll zudem in vier weiteren Fällen und der 32-jährige Angeklagte in einem weiteren Fall Marihuana und Kokain veräußert haben. Außerdem soll er den Verkauf eines Maschinengewehrs Modell PPS 43 vermittelt und vor seiner Festnahme mit weiteren Beteiligten die Einfuhr von 200 Kg unbekannter Betäubungsmittel aus Belgien mittels eines LKW verabredet haben. Die zur Weiterveräußerung bestimmten Betäubungsmittel beider Angeklagter sollen insgesamt einen Wert von etwa 1.300.000 € erreicht haben.

Die Kommunikation und Abwicklung der Geschäfte sollen die Angeklagten über sogenannte Enchrochat-Geräte geführt haben. Hierbei handelt es sich um Krypto-Handys, die eine vollständig verschlüsselte Kommunikation mit anderen Enchrochat-Teilnehmern erlaubten und deshalb über lange Zeit nicht abgehört werden konnten. Die Geräte waren nicht im freien Handel, sondern nur anonym gegen Barzahlung und in Verbindung mit einem Abonnement erhältlich. Die Enchrochat-Daten konnten schließlich in Frankreich in einem dort geführten Ermittlungsverfahren durch die französischen Ermittlungsbehörden erhoben und ausgewertet werden. Ihre Weitergabe an die deutschen Behörden erfolgte im Wege der europäischen Rechtshilfe.

Die Hauptverhandlung wird fortgesetzt am

**Donnerstag, den 09. Dezember 2021,
Montag, den 13. Dezember 2021,
Donnerstag, den 16. Dezember 2021,
Mittwoch, den 05. Januar 2022,
Mittwoch, den 12. Januar 2022,
Dienstag, den 18. Januar 2022,
Donnerstag, den 20. Januar 2022,**

jeweils um 10:00 Uhr (soweit nicht anders angegeben), Saal 218.

5. 42 KLS 150 Js 10797/21 - Beginn: Freitag, den 30. Juli 2021, 09:30 Uhr, Saal 231:

PM 55/21

Tatvorwurf: Schwerer Raub u.a.

Die Staatsanwaltschaft wirft den beiden 24 und 17 Jahre alten Angeklagten vor, sich am 13.02.2021 Zutritt zu dem Haus der 72-jährigen Geschädigten in Bremen verschafft zu haben. Dort sollen sie die Geschädigte mit Klebeband an den Händen gefesselt und ihr Klebeband über den Mund geklebt haben. Anschließend sollen sie die Uhr und die Kette der Geschädigten abgenommen und das Haus nach weiteren Wertgegenständen durchsucht haben. Währenddessen sollen sie die Geschädigte mehrfach ins Gesicht geschlagen, sie getreten und in den Keller des Hauses gebracht haben. Insgesamt sollen die Angeklagten etwa 70 Schmuckstücke im Wert von etwa 50.000 € eingesteckt und mit sich genommen haben. Der 17-jährige Angeklagte soll sich zudem noch einmal in den Keller zu der Geschädigten begeben haben. Dort soll er ihren Unterleib entkleidet und versucht haben, mit seinem Penis in ihre Vagina einzudringen. Die Geschädigte soll durch die Taten eine Vielzahl von Hämatomen erlitten haben und seit dem Vorfall unter Angst und Schlafstörungen leiden.

Dem 17-jährigen Angeklagten wird zudem zur Last gelegt, an der Tat aus der Pressemitteilung Nr. 49/2021 beteiligt gewesen zu sein.

Aus der Pressemitteilung Nr. 49/2021:

Die Staatsanwaltschaft wirft dem heute 33-jährigen Angeklagten vor, sich am 26.12.2020 mit einem weiteren Mittäter unter dem Vorwand, ein Paket übergeben zu wollen, Zutritt zu dem Haus der 93-jährigen Geschädigten in Bremen Utbremen verschafft zu haben. Im Haus sollen die Täter die Geschädigte zu Boden gebracht, ihr Schuhe, Hose und Unterhose ausgezogen und sie anschließend an den Händen gefesselt und geknebelt haben, wodurch ihre Hände blau angelaufen, ihre Zahnprothese verrutscht und die Geschädigte Atemnot bekommen haben soll. Anschließend sollen die Täter das Haus durchsucht und Gegenstände sowie Bargeld im Wert von 9.420 € mit sich genommen haben. Zuvor sollen sie die Geschädigte die Treppe hinaufgeschoben und auf ihr Bett gelegt haben. Die Geschädigte soll durch die Tat Prellungen an ihren Händen, ihrer Hüfte sowie dem Oberkörper und eine hypertensive Entgleisung erlitten haben, was eine stationäre Krankenhausbehandlung erforderlich machte.

Die Hauptverhandlung wird fortgesetzt am

Dienstag, den 07. Dezember 2021,

Donnerstag, den 16. Dezember 2021,

jeweils um 09:30 Uhr (soweit nicht anders angegeben), Saal 249.

6. 9 KLS 321 Js 2740/20 - Beginn: Montag, den 13. September 2021, 09:30 Uhr, Saal 231:

PM 61/21

Tatvorwurf: Unerlaubtes Handeltreiben mit Betäubungsmitteln u.a.

Die Staatsanwaltschaft wirft den vier zwischen 29 und 41 Jahren alten Angeklagten vor, in Bremen zwischen März 2019 und Juli 2020 als Bande Betäubungsmittel nach Deutschland eingeführt und veräußert zu haben. So sollen aufgrund des Kontaktes eines der Angeklagten nach Venezuela mehrere Einzellieferungen Kokain jeweils im Kilobereich aus Südamerika nach Deutschland gelangt sein. Darüber hinaus sollen die Angeklagten das von ihnen veräußerte Kokain aber auch über Dritte im Inland bezogen haben. Die durch den Betäubungsmittelhandel erzielten Gelder sollen teilweise an Dritte zur Finanzierung von Immobilien weitergegeben worden sein, um so die Herkunft der Gelder zu verschleiern.

Die Kommunikation und Abwicklung der Geschäfte sollen die Angeklagten über sogenannte Encrochat-Geräte geführt haben. Hierbei handelt es sich um Krypto-Handys, die eine vollständig verschlüsselte Kommunikation mit anderen Encrochat-Teilnehmern erlaubten und deshalb über lange Zeit nicht abgehört werden konnten. Die Geräte waren nicht im freien Handel, sondern nur anonym gegen Barzahlung und in Verbindung mit einem Abonnement erhältlich. Die Encrochat-Daten konnten schließlich in Frankreich in einem dort geführten Ermittlungsverfahren durch die französischen Ermittlungsbehörden erhoben und ausgewertet werden. Ihre Weitergabe an die deutschen Behörden erfolgte im Wege der europäischen Rechtshilfe.

Die Hauptverhandlung wird fortgesetzt am

**Mittwoch, den 01. Dezember 2021,
Freitag, den 03. Dezember 2021,
Montag, den 06. Dezember 2021,
Freitag, den 17. Dezember 2021,
Freitag, den 07. Januar 2022,
Montag, den 10. Januar 2022,
Montag, den 17. Januar 2022,
Freitag, den 21. Januar 2022,
Mittwoch, den 26. Januar 2022,
Freitag, den 28. Januar 2022,**

jeweils um 09:30 Uhr (soweit nicht anders angegeben), Saal 231.

7. 42 KLS 210 Js 900011/21 - Beginn: Freitag, den 01. Oktober 2021, 09:30 Uhr, Saal 218:

PM 62/21

Tatvorwurf: Versuchter Totschlag u.a.

Die Staatsanwaltschaft wirft den beiden 33 und 18 Jahre alten Angeklagten vor, am 16.03.2021 in Bremen Arsten mit zwei weiteren Personen in einen Streit geraten zu sein. Anlass der Auseinandersetzung soll die Übergabe eines Rucksacks mutmaßlich illegalen Inhalts an die Angeklagten gewesen sein, die wiederum im Gegenzug 4.000 € an die zwei weiteren Personen aushändigen sollten. Nachdem diese Pfefferspray gegen die Angeklagten eingesetzt haben sollen, soll der 18-jährige Angeklagte mit der von ihm mitgeführten Schusswaffe mindestens dreimal auf die nun wegrennenden weiteren zwei Personen geschossen haben. Eine der Personen wurde von einem Projektil getroffen, welches oberhalb des Schlüsselbeins eindrang, dort abprallte und Speiseröhre, Lungenflügel und Luftröhre verletzte. Der Geschädigte musste notoperiert und stationär intensivmedizinisch behandelt werden.

Die Hauptverhandlung wird fortgesetzt am

**Freitag, den 03. Dezember 2021,
Mittwoch, den 08. Dezember 2021,
Montag, den 13. Dezember 2021,
Freitag, den 17. Dezember 2021,**

jeweils um 09:30 Uhr (soweit nicht anders angegeben), Saal 218.

8. 3 KLS 501 Js 77215/20 - Beginn: Donnerstag, den 28. Oktober 2021, 09:30 Uhr, Saal 249:

PM 64/21

Tatvorwurf: Unerlaubtes Handeltreiben mit Betäubungsmitteln u.a.

Die Staatsanwaltschaft wirft dem 35-jährigen Angeklagten vor, bis Juli 2019 im Keller seiner Wohnung in Bremen Achterdiek mindestens 52 Cannabispflanzen gezüchtet zu haben. Ab August 2020 soll der Angeklagte dann gemeinsam mit einem weiteren 26-jährigen Angeklagten durch weitere gesondert Verfolgte Cannabis an Abnehmer gewinnbringend veräußert haben. So sollen die Angeklagten sich auch von August bis September 2020 mit weiteren Tätern zu einer Bande zusammengeschlossen haben, um sowohl aus verschiedenen Wohnungen in Bremen als auch auf Bestellung an anderen Orten in Bremen und dem Bremer Umland Betäubungsmittel gewinnbringend zu veräußern. Zu diesem Zweck sollen sie auch weitere Personen angeworben haben, aus ihrer Wohnung heraus Betäubungsmittel für die Angeklagten zu veräußern oder diese als „Bunker“ zur Verfügung zu stellen. Auf diese Weise sollen die Angeklagten Betäubungsmittel im Gesamtwert von mindestens 40.000 € umgesetzt haben.

Die Hauptverhandlung wird fortgesetzt am

**Donnerstag, den 02. Dezember 2021, 10:00 Uhr,
Mittwoch, den 08. Dezember 2021,
Mittwoch, den 15. Dezember 2021,
Dienstag, den 21. Dezember 2021,**

jeweils um 09:30 Uhr (soweit nicht anders angegeben), Saal 249.

9. 32 KLS 750 Js 900045/15 - Beginn: Dienstag, den 02. November 2021, 09:30 Uhr, Saal 218:

PM 65/21

Tatvorwurf: Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr u.a.

Die Staatsanwaltschaft wirft dem heute 49-jährigen Angeklagten vor, Ende 2010 in seiner Funktion als leitender Angestellter eines deutschen Automobilzulieferers dem 52-jährigen Angeklagten, der Geschäftsführer eines großen europäischen Lieferanten für Ruß ist und zu diesem Zeitpunkt den Automobilzulieferer unter anderem mit Ruß beliefert hatte, angesprochen zu haben, ob dieser Interesse an für ihn kostenpflichtigen Informationen über das Rußgeschäft habe. Auf Veranlassung des 49-jährigen Angeklagten soll sich dann der 52-jährige Angeklagte, der sein Interesse signalisiert haben soll, mit einem weiteren 51-jährigen Angeklagten in Düsseldorf und London getroffen haben, um die Einzelheiten der Vereinbarung zu besprechen. In der Folgezeit soll der 52-jährige Angeklagte bis 2014 insgesamt 10 sogenannte Beratungsverträge mit einer zunächst auf Jersey und sodann auf Zypern registrierten Firma geschlossen haben. In diesen Verträgen soll sich diese Firma verpflichtet haben, den Rußlieferanten bei den Vertragsverhandlungen mit dem deutschen Automobilzulieferer zu unterstützen. Im Gegenzug sollte von Seiten des Rußlieferanten für jede an den Automobilzulieferer gelieferte Tonne Ruß eine Provision gezahlt werden, bei der es sich tatsächlich um Bestechungsgelder gehandelt haben soll. Diesen Vereinbarungen entsprechend soll der 52-jährige Angeklagte bis 2014 insgesamt 9,5 Mio € an Bestechungsgeldern gezahlt haben. Zwei weitere 50-jährige Angeklagte sollen dem 49-jährigen Angeklagten bei seinen Taten Hilfe geleistet haben.

Die Hauptverhandlung hatte ursprünglich bereits seit November 2016 stattgefunden, musste jedoch im Mai 2019 wegen einer langfristigen Erkrankung eines Kammermitglieds ausgesetzt werden.

Die Hauptverhandlung wird fortgesetzt am

**Donnerstag, den 09. Dezember 2021,
Freitag, den 17. Dezember 2021,
Dienstag, 21. Dezember 2021,
Dienstag, den 11. Januar 2022,
Mittwoch, den 12. Januar 2022,
Donnerstag, den 27. Januar 2022,
Freitag, den 28. Januar 2022,**

jeweils um 09:30 Uhr (soweit nicht anders angegeben), Saal 218.

10. 2 KLS 350 Js 27136/21 - Beginn: Donnerstag, den 04. November 2021, 09:00 Uhr, Saal 231:

PM 66/21

Tatvorwurf: Unerlaubtes Handeltreiben mit Betäubungsmitteln u.a.

Die Staatsanwaltschaft wirft dem 30-jährigen Angeklagten vor, zwischen März 2020 und Mai 2021 mit Betäubungsmitteln in großen Mengen gehandelt zu haben. Insgesamt soll der Angeklagte 174 Kg Marihuana, 1200 g Kokain, 9 Kg Amphetamine und 5,5 Kg Cannabisharz zunächst selbst erworben und sodann weiterveräußert haben. Außerdem soll der Angeklagte in einem Fall mit 80 Pistolen zum Preis von jeweils 2.200 € und 20 Waffen des Modells AK 47 gehandelt haben. Insgesamt soll der Angeklagte durch die Taten Vermögenswerte in Höhe von 745.300 € erlangt haben.

Die Kommunikation und Abwicklung der Geschäfte soll der Angeklagte über sogenannte Encrochat-Geräte geführt haben. Hierbei handelt es sich um Krypto-Handys, die eine vollständig verschlüsselte Kommunikation mit anderen Encrochat-Teilnehmern erlaubten und deshalb über lange Zeit nicht abgehört werden konnten. Die Geräte waren nicht im freien Handel, sondern nur anonym gegen Barzahlung und in Verbindung mit einem Abonnement erhältlich. Die Encrochat-Daten konnten schließlich in Frankreich in einem dort geführten Ermittlungsverfahren durch die französischen Ermittlungsbehörden erhoben und ausgewertet werden. Ihre Weitergabe an die deutschen Behörden erfolgte im Wege der europäischen Rechtshilfe.

Die Hauptverhandlung wird fortgesetzt am

**Mittwoch, den 01. Dezember 2021, 13:00 Uhr,
Mittwoch, den 15. Dezember 2021,
Dienstag, den 21. Dezember 2021,
Freitag, den 07. Januar 2022,
Mittwoch, den 12. Januar 2022,
Dienstag, den 18. Januar 2022,
Freitag, den 21. Januar 2022,
Donnerstag, den 27. Januar 2022,
Montag, den 31. Januar 2022,**

jeweils um 09:00 Uhr (soweit nicht anders angegeben), Saal 231.

11. 8 KLS 903 Js 32971/21 - Beginn: Mittwoch, den 01. Dezember 2021, 09:00 Uhr, Saal 231:

PM 69/21

Tatvorwurf: Schwere Raub u.a.

Die Staatsanwaltschaft wirft der 29-jährigen Angeklagten und dem 58-jährigen Angeklagten vor, zwischen Dezember 2020 und Mai 2021 in Bremerhaven in vier Fällen Raubtaten und in einem weiteren Fall eine Betrugstat begangen zu haben. Die Angeklagte soll dazu jeweils vorgetäuscht haben, sich mit den späteren Geschädigten an verschiedenen Örtlichkeiten zur Vornahme sexueller Handlungen gegen Entgelt zu verabreden. An den verabredeten Treffpunkten soll dann jeweils auch der Angeklagte erschienen sein, um von den Geschädigten Bargeld zu fordern. Dabei soll er die Geschädigten teilweise auch mit einem Messer bedroht und geschlagen haben. Auf diese Weise sollen die Angeklagten Bargeld in Höhe von insgesamt 610 € sowie diverse Mobiltelefone erlangt haben.

Die Hauptverhandlung wird fortgesetzt am

**Freitag, den 07. Dezember 2021,
Freitag, den 07. Januar 2022,
Mittwoch, den 12. Januar 2022,
Donnerstag, den 20. Januar 2022,**

jeweils um 09:00 Uhr (soweit nicht anders angegeben), Saal 231.

Hinweise für Pressevertreter:

Es wird darauf hingewiesen, dass Lichtbild- oder Filmaufnahmen von dem/der/den Angeklagten jeweils in anonymisierter Form (etwa durch „Verpixeln“) zu erfolgen haben!

Jan Stegemann
Richter am Landgericht

- Pressesprecher des Landgerichts Bremen -
Domsheide 16, 28195 Bremen
Mobil: 0176 42361782
Fax-Nr.: 0421 361 15837
E-Mail: pressestelle@landgericht.bremen.de